

INTERESSE

Dreißig Jahre Österreich in der EU: eine Zwischenbilanz

Der EU-Beitritt Österreichs jährt sich heuer zum 30. Mal – ein hinreichend großer Zeitraum, um eine erste Bilanz zu ziehen, was dieser für das Land gebracht hat; umso mehr, als der Nutzen der Mitgliedschaft von einigen angezweifelt wird und die anfängliche Euphorie in weit verbreitete EU-Skepsis umgeschlagen hat.

von Hansjörg Seckauer

Anfang 1995 ist Österreich nach knapp zweijährigen Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union beigetreten. Die Österreicher:innen, die zu ca. zwei Dritteln für den Beitritt stimmten, hatten die Zeichen der Zeit erkannt: Die bipolare Nachkriegsordnung war seit 1989 in Auflösung begriffen und Österreich war mit dem Wegfall der Zonengrenze plötzlich vom Rand wieder in die Mitte Europas gerückt.

Ökonomische Vorteile

Davon abgesehen waren ökonomischen Aspekte ein Hauptgrund für den Beitritt, denn am gemeinsamen Markt, der sich in den 1990er Jahren etablierte, wollte man unbedingt teilhaben. Für eine Wirtschaft mit einer derart engen Verflechtung zu Deutschland sei dies letztlich alternativlos gewesen, so der damalige Bundeskanzler Franz Vranitzky (*zit. in Mayer 2025*).

Diese Einschätzung sollte sich als richtig erweisen, denn in ökonomischer Hinsicht kann durchaus positiv bilanziert werden. Durch den Wegfall von Zöllen und Handelsbeschränkungen sowie durch die Euro-Einführung gab es eine deutliche Ausweitung des innereuropäischen Handels. Dazu kam die EU-



Osterweiterung, die eine dahingehende Expansion österreichischer Unternehmen bewirkte. Umgekehrt stiegen die ausländischen Direktinvestitionen in Österreich beträchtlich und trugen so zum Wirtschaftswachstum bei. Von der verstärkten Präsenz internationaler Unternehmen profitierten auch die Arbeitnehmer:innen, da hier Arbeitsplätze geschaffen und vergleichsweise hohe Löhne gezahlt werden, sowie heimische Zulieferbetriebe (*vgl. WKO 2025*). Für Konsument:innen bedeutet die Marktintegration eine höhere Produktvielfalt und niedrigere Preise (*vgl. Beer et al. 2017: 93*).

Allerdings gibt es auch Schattenseiten, etwa den Verlust von Arbeits-

plätzen durch (auch innereuropäische) Produktionsverlagerungen, wie sie zum Beispiel bei Semperit oder bei MAN erfolgten. Und der freie Warenverkehr im Binnenmarkt hat – im Zusammenspiel mit der zentralen verkehrsgeografischen Lage des Landes – eine starke Zunahme des Transitverkehrs durch Österreich bewirkt. Gegenläufig zum EU-Ziel, bis 2050 klimaneutral zu werden, haben sich hierzulande die CO₂-Emissionen des Güterverkehrs seit 1990 mehr als verdoppelt, der LKW-Transit ist allein seit 2015 um rund ein Drittel gestiegen (*vgl. Jaschinsky 2023*). Knapp 85 % der Güter werden auf der Straße transportiert und nur ca. 15 % über die umweltfreundlichere Schiene. Eine Trendwende ist derzeit nicht in Sicht (*vgl. Kontext 2024*).

Folgt man den Berechnungen der Wirtschaftsforscher:innen, überwiegen in Summe aber die positiven Effekte der Mitgliedschaft. Empirische Studien erbrachten, dass die Teilnahme am gemeinsamen Markt zu einem bleibenden Zuwachs des BIP-Niveaus in Österreich sowie zu einer gestiegenen Gesamtbeschäftigung geführt hat (*vgl. Beer et al. 2017: 117*).

Fortsetzung von Seite 1

Sozialpolitische Mindeststandards durchgesetzt

Sozialpolitik spielte in der EU zu Beginn eher eine Nebenrolle und war in ordoliberaler Manier konzipiert, um allen eine fairen Marktzugang zu ermöglichen. Daher die Regelungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt und zur Portabilität von Sozialleistungen. Auch die Förderung arbeitsmarktbezogener Qualifizierungen durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) diente primär diesem Zweck.

Erst relativ spät, im Vertrag von Amsterdam 1997, wurde der Sozialpolitik mehr Aufmerksamkeit zuteil und dieser eine kompensatorische Funktion für Marktdysfunktionalitäten zuerkannt. Der Kampf gegen soziale Ausgrenzung sowie die Beschäftigungspolitik wurden zu gemeinschaftlichen Aufgaben erklärt. Man begann, die Sozialpolitik der Mitgliedstaaten zu koordinieren und hier durch die Initiierung so genannter Nationaler Aktionspläne (NAPs) bestimmte Schwerpunkte, etwa die Bekämpfung von Kinderarmut, zu setzen. Das Manko dabei war und ist, dass die EU in der Sozialpolitik keine gesetzgeberischen Kompetenzen hat. Deren Wahrnehmung durch die Gemeinschaft wäre gemäß dem Vertrag von Lissabon (2009) zwar grundsätzlich möglich, die Mitgliedstaaten setzten aber bislang keine Anzeichen, diese Materie der EU zu übertragen. Insofern sind die Sanktionen der EU bei Nickerfüllung der im Rahmen der sogenannt *Offenen Methode der Koordinierung (OMK)* vereinbarten Vorgaben auf „naming, blaming and shaming“ der betreffenden Mitgliedstaaten, d.h. auf öffentliche Kritik, begrenzt. Umgekehrt werden im Rahmen von Benchmarking-Prozessen vorbildhaftes Verhalten und innovative Ansätze, beispielsweise die österreichischen Arbeitsstiftungen, von der Kommission als „best practice“ gewürdigt und zur Nachahmung empfoh-

len (vgl. Wurster 2013).

Trotz der unterschiedlichen Zugänge einzelner Mitgliedstaaten zur Sozialpolitik gelang es, eine Reihe von EU-Regelungen zu sozialen Mindeststandards zu beschließen, zum Beispiel bzgl. des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz oder zu Mindestlöhnen. Diese Beschlüsse sind größtenteils im Rahmen des sozialen Dialogs unter Beteiligung der Sozialpartner und des Wirtschafts- und Sozialausschusses (WSA) der EU zu stande gekommen (vgl. Lamping 2008: 60f).

Österreich kann für sich verbuchen, dass hier der Sozialstaat vergleichsweise gut ausgestaltet ist und die heimischen Standards, zum Beispiel bzgl. Mindesturlaub oder Kollektivvertrags-Abdeckung, durchwegs über denen der EU liegen (vgl. Hafner 2025). Manche Wirtschaftsvertreter bezeichnen dies als „Gold-Plating“ und meinen, man sollte die heimischen Levels denen der EU angleichen. Dass dies einen Sozialabbau bedeuten würde, wird in der Regel nicht dazugesagt. Auch im Bereich der Menschenrechte ist die EU aktiv geworden und hat mit der Grundrechtecharta (GRC) einen Grundrechtskatalog erlassen, der seit dem Vertrag von Lissabon rechtsverbindlich ist. Ein Fortschritt gegenüber bestehenden Katalogen ist insofern gegeben, als in der Charta auch soziale Grundrechte, etwa das Recht auf eine angemessene gesundheitliche Versorgung, verankert sind. Der Schönheitsfehler: Die GRC gilt nur bei der Anwendung von EU-Recht. Allerdings könnte man die Charta als Anregung sehen, entsprechende Rechte auch in nationalem Rahmen zu verankern.

Krisenbewältigung verbessertsfähig

Zentral für die Akzeptanz der EU bei der Bevölkerung ist nicht zuletzt die Fähigkeit der Gemeinschaft auf aktu-

elle Krisen rasch und adäquat zu reagieren. Akute Problemlagen gab es zuletzt einige: Finanzkrise, Migration, Corona, Ukraine-Krieg, Inflation, Klimawandel – um die wesentlichen zu nennen. Der Handlungsfähigkeit der EU stehen leider die komplexe Struktur und die damit zusammenhängenden Verfahrensweisen im europäischen Mehrebenensystem entgegen. Reformen wären daher angesagt; v.a. das Einstimmigkeitsprinzip im Rat der 27 müsste dort, wo es noch besteht, beispielsweise in der Steuerpolitik oder in der Außen- und Sicherheitspolitik, fallen. Die Crux: Die Entscheidung hierfür muss einstimmig gefällt werden (vgl. Ranacher et al. 2015: 26f; EUR-Lex 2025).

Hier fürchten insbesondere Vertreter kleinerer Staaten wie Österreich, dass sie dann unter die Räder kommen bzw. überstimmt werden. Das kann natürlich passieren und wäre gewissermaßen der Preis für die gestiegene Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft. Immerhin besteht die Möglichkeit, sich mit anderen Staaten in Sachfragen abzusprechen und damit den größeren Mitgliedstaaten gegebenenfalls Paroli zu bieten.

Unabhängig davon sind die EU-Staaten in Zeiten zunehmender außenpolitischer Irritationen (Stichworte: Putin; Trump) mehr oder weniger „zur Zusammenarbeit gezwungen“. Dies sollte jedoch nicht als Fluch, sondern vielmehr als Chance gesehen werden, um für ein geschlossenes Auftreten nach außen zu sorgen und damit mehr Gewicht auf der Weltbühne zu erlangen. Österreich kann und sollte sich hier – mit all seiner diplomatischen Erfahrung – konstruktiv einbringen.

Mag. Hansjörg Seckauer, Institut für Politikwissenschaft und Sozialpolitik, JKU Linz
Quellen siehe Onlineversion unter:
www.dioezese-linz.at/soziales

Quellenangabe:

Beer C., Belabed C., Breitenfellner A., Ragacs C., Weber B. 2017: Österreich und die europäische Integration, in: Österreichische Nationalbank: Monetary Policy & The Economy Q1/17

EUR-Lex 2025: <https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/glossary/unanimity.html>, dl. 24.07.2025

Hafner D. 2025: 30 Jahre EU: Meilensteine, Konstruktionsfehler und Zukunftspläne, <https://www.oegb.at/themen/gewerkschaften-weltweit/internationales/30-jahre-eu>, dl. 23.07.2025

Jaschinsky K. 2023: Was braucht es für fairen und klimagerechten Transitverkehr? <https://vcoe.at/blog/detail/was-braucht-es-fuer-fairen-und-klimagerechten-transitverkehr>, November 2023

Kontext 2025: Keine Trendwende: Gütertransport weiterhin großteils auf der Straße, <https://kontext-institut.at/inhalte/guetertransport-strasse/>, 29.10.2024

Lamping W. 2008: Auf dem Weg zu einem postnationalen Sozialstaat? Die Sozialpolitik der Europäischen Union, in: Schubert K. et al.: Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden

Mayer T. 2025: 30 Jahre EU-Beitritt: Wie Österreich der „Wiedereinzug in Europa“ nützte, in: Der Standard online, 01.01.2025

Ranacher C., Staudigl F., Frischhut M. 2015: Einführung in das EU-Recht, 3. Aufl., Wien

WKO 2025: 30 Jahre EU-Mitgliedschaft – die Wirtschaftsbilanz, www.wko.at/eu, 21.03.2025

Wurster S. 2013: Die „Offene Methode der Koordinierung“ als Chance für Innovation und Fortschritt, <https://www.united-europe.eu/de/2013/12/wettbewerb-zwischen-eu-staaten/>, 30.12.2013

Jugend sucht Zukunft: Warum Perspektiven fehlen

Krise bedeutet für viele junge Menschen, mit Unsicherheit zu leben – über Geld, Arbeit und Zukunft. Wenn Perspektiven und Vertrauen fehlen, drohen Ohnmacht und Frust. Doch wer jungen Menschen heute Halt gibt, sichert die Demokratie von morgen.

Das Aufwachsen in Krisenzeiten wirkt sich auf die Zukunftsaussichten junger Menschen aus. Ilkim Erdost von der AK Wien appelliert an die Politik, die Interessen der Jungen in den Fokus zu rücken, um ihnen Zuversicht im Jetzt zu ermöglichen.

Unsere Gegenwart bleibt fortwährend geprägt von einer allgemein spürbaren Verunsicherung, von einer schlechten wirtschaftlichen Lage, viel zu hohen Lebenshaltungskosten und steigender Arbeitslosigkeit. Besonders bei der Jugend beeinflusst diese bröckelnde soziale Sicherheit das eigene Zukunftsbild und verdüstert ihre Perspektiven.

Wenn unklar ist, ob man sich den Auszug bei den Eltern leisten kann, oder wenn morgens die Unsicherheit über die Beständigkeit des aktuellen Arbeitsplatzes mit aufsteht, dann wird Befristung und Kurzfristigkeit zum Selbstverständnis junger Menschen. Wenn einzig der Wandel konstant ist, medial Disruption gehypt wird und im Ringen um Ressourcen vor allem die Ellbogen zählen, dann sind junge Menschen an ihre Gegenwart gebunden, an das Jetzt. Aus einem Aufbau wird ein Aufschub der Zukunft, weil die Abwicklung des täglichen Lebens alle Aufmerksamkeit braucht.

Unbeschwertheit Jugend?

Finanziell durchkommen, psychisch gesund bleiben, (Groß-)Eltern mitpflegen, bereits Schulden bedienen, die nächste Ausbildung versuchen oder die geplante Weiterbildung verschieben, weil das Geld nicht reicht: Wartet keine elterliche Eigentumswohnung, die schon vorab Freiheit und Sicherheit verspricht, so ist die unbeschwertheit Jugend nicht viel mehr als eine Fantasie.

Studien der Arbeiterkammer zeigen, dass junge Menschen in diesen krisenhaften Zeiten heute nach Planbarkeit suchen. Sie haben Sehnsucht nach festem Terrain, nach Existenzsicherung und loyalen Gemeinschaften, die Halt geben. Indes steigt die soziale Ungleichheit unter ihnen auch teuerungsbedingt an. Was wir jetzt benötigen, trotz Spardruck, sind Investitionen, die Zuversicht nähren und ökonomische Gleichheit fördern.

Gerade für junge Menschen sind ein starker Sozialstaat, ein funktionierendes Bildungssystem und der Kampf für eine ökosoziale Klimapolitik jene stabilisierenden Pfeiler, die ihnen die Türen zu mehr Freiheit und Teilhabe in der Zukunft öffnen. Die Politik muss in Zeiten der Krise diesen ferneren Horizont im Auge behalten. Denn für die Jungen scheint das Hier und Jetzt bereits bedrohlich, und somit ist das Morgen unkalkulierbar. Darin steckt jedoch politische Sprengkraft.

Jugend in Diskursen über die Zukunft

In vielen politischen Diskursen werden junge Stimmen nämlich überhört, ihre Interessen geschrägt. So sehen sie sich weniger durch die Politik vertreten, ihre Perspektiven werden nicht eingebunden und nicht respektiert. Diese Mischung – Ohnmacht gepaart mit politischem Frustration – bietet weltweit einen Nährboden für antidemokratische Politik und Autoritarismus. Deshalb brauchen besonders junge Menschen Orte demokratischer Wirksamkeit, ob am Arbeitsplatz, in der Schule oder in Vereinen. Um unsere Demokratie auszubauen und für die Zukunft abzusichern, dürfen wir nicht zulassen, dass Ohnmacht und Unsicherheit

Ilkim Erdost, Bereichsleiterin für Bildung und Konsument:innen bei der Arbeiterkammer Wien

Teil der Identität junger Menschen werden.

„Wir tragen alle eine gemeinsame Verantwortung, der Jugend Spielräume und Wirkungsmöglichkeiten aufzuzeigen.“

Überall dort, wo sie Ideen schmieden und Beiträge leisten, sind wir als Arbeiterkammer präsent und setzen uns für ihre Interessen ein – gegenüber dem Chef im Praktikum, beim ersten Mietvertrag gegenüber windigen Vermieter:innen oder wenn es schlicht Probleme mit dem Handyvertrag gibt. Wir ermächtigen und begleiten, damit alle zu ihrem Recht kommen.

Wir tragen alle eine gemeinsame Verantwortung, der Jugend Spielräume und Wirkungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Das reichert die politische Vorstellungskraft mit neuen Perspektiven und Selbstvertrauen an – und zeigt auf, dass Zukunft nicht einfach das Fortschreiten des Status quo ist. Die Interessen junger Menschen gilt es nicht immer auf morgen zu vertrösten – nein, die nächste Generation hat ein Recht auf eine Gegenwart in Sicherheit und auf das Wissen um die Planbarkeit von Zukunft.

Mit freundlicher Genehmigung des Arbeit&Wirtschaft Magazins, Artikel vom 6. Mai 2025. Online zu finden unter: <https://www.arbeit-wirtschaft.at/jugend-sucht-zukunft-warum-perspektiven-fehlen/>

Aufrüstung – Ursachen und Interessen

Das Streben nach Sicherheit, Bedrohungswahrnehmungen, Prestige – das Wettrüsten gewinnt wieder an Fahrt, Verträge zur Rüstungskontrolle sind gekündigt. Doch was treibt diese Dynamik an, und wie sehr stehen auch wirtschaftliche Interessen im Fokus?

Die weltweiten Rüstungsausgaben verdreifachten sich seit Beginn des Jahrhunderts auf etwa drei Billionen Dollar 2025. Rüstungskontrollverträge, wie über Raketenabwehr, Mittelstreckenraketen und Offenen Himmel (engl. Open Skies Treaty), wurden gekündigt. Was sind die Triebkräfte des Aufrüstungsprozesses? Thukydides, der den Peloponnesischen Krieg beobachtete, sieht drei Ursachen für Krieg und die Vorbereitung auf ihn: Furcht, Ehre und Nutzen.

In den Grundsätzen entspricht diese Betrachtung den allgemeinen Trends der Aufrüstungsprozesse. Es sind dies das Streben nach Sicherheit, Bedrohungswahrnehmungen, Prestige, der Glaube an Rüstung – ja an Krieg – als Sicherheitsgarant und die vielfachen Interessen.

Aufrüstungsprozesse haben äußere und innere Ursachen. Die Sicherheitskonkurrenz und damit verbunden Unsicherheiten wird von äußeren Faktoren, wie Bedrohungswahrnehmungen, beeinflusst. Die innere Aufrüstungsdynamik ergibt sich aus dem Autismus verschiedenster Akteure.

Die Triebkräfte

Das Streben nach mehr Sicherheit einer Seite kann eine Dynamik beinhalten, die zu mehr Unsicherheit bei anderen führt. Verantwortlich dafür ist das Konzept des Sicherheitsdilemmas. Ein Sicherheitsdilemma entsteht aus der Furcht vor einem Angriff, auf den man glaubt, sich vorbereiten zu müssen. Diese Sicherheitskonkurrenz führt dazu, dass die Sicherheit eines Staates auf der Bedrohung des anderen beruht. Das Sicherheitsdilemma ist mehr als gegenseitige militärische Aufrüstung. Es ist eine delikate Balance zwis-

schen Rüstungsanstrengungen, Bedrohungswahrnehmungen und Absichten. Drohungen provozieren Gegendrohungen, Misstrauen nährt Misstrauen, und Rüstungsinvestitionen führen zu Gegeninvestitionen.

Aus Furcht vor einem Angriff wurde das vermeintlich römische Sprichwort abgeleitet, dass man den Krieg vorbereiten müsse, um den Frieden zu sichern. Abgesehen davon, dass dieses Zitat in der lateinischen Literatur sogar nicht vorkommt, ist es falsch. Das Sicherheitsdilemma birgt die Gefahr in sich, dass die Vorbereitung zum Krieg durch Aufrüstung auch zu diesem führen kann. Wenn man lang über den Krieg redet, kommt er auch. Der Erste Weltkrieg ist tragisches Zeugnis dieser Erkenntnis.

Der nunmehr vielfach verwendete Begriff der „hybriden Kriegsführung“ vermittelt zudem den Eindruck, dass eine Vielzahl von nicht-kriegsführenden Akteuren tatsächlich schon in einen Krieg verwickelt seien. Damit besteht die Gefahr, dass ein allgemeines Kriegsklima entsteht, was eine höhere Stufe der Aufrüstung erfordere. Der Krieg hat keine Grenzen mehr, er ist überall. Tatsächlich gibt es aber klare Definitionen von Krieg. In diesen sind Streitkräfte mit zentraler Organisation mit einer gewissen Kontinuität aktiv involviert; und vor allem gibt es eine große Anzahl von Toten. Das alles trifft auf den „hybriden Krieg“ nicht zu. Wenn der Begriff der hybriden Kriegsführung über den Kriegskontext inflationär verwendet wird, verniedlicht er den Krieg.

Ein Königreich der Rüstung

Das Interesse und der Nutzen der Aufrüstung entwickelte ein Königreich der

Univ.-Prof. Dr. Heinz Gärtner, lehrt Politikwissenschaft an der Universität Wien

Rüstung, das sich durch Autismus und Eigendynamik selbst am Leben erhält. Aufrüstung perpetuiert ein System von Akteuren, die in diesen Prozess involviert sind und auch von ihm profitiert. Das sind Rüstungsunternehmen, Verteidigungseinrichtungen wie Ministerien und Generalstäbe, Think Tanks und wissenschaftliche Projekte. Die Technologie ist eine weitere treibende Kraft. Die Rüstungsplanung basiert eher auf der Antizipation dessen, was ein Feind planen könnte, als auf dem, was er bereits produziert hatte. Lücken, ob real oder nicht, werden identifiziert. Metaphorisch könnte man argumentieren, dass das Wettrüsten weitergehen würde, wenn eine Seite verschwinden würde, die andere Seite davon jedoch nichts wüsste.

Die Illusion über Krieg und Abschreckung

Aufrüstungsprozesse produzieren Illusionen. Zu Beginn des Krieges wird zumeist der Gegner unterschätzt, die eigene Stärke überschätzt. Keiner beginnt einen Krieg, wenn der Gegner als entscheidend überlegen angesehen wird. „Wir werden zu Weihnachten wieder daheim sein“, war der Slogan für die Soldaten, die im August 1914 in den Krieg zogen, der weitere vier Jahre dauern sollte. Ähnliche Illusionen über Lösungen politischer Konflikte durch Rüstung und Krieg gibt es gegenwärtig in allen Teilen der Welt, Europa mit eingeschlossen. Die Ehre, einen Krieg nicht zu verlieren oder die Kriegsziele nicht zu erreichen, zieht Kriege in irrationale Länge. Beispiele dafür sind die Kriege in Vietnam, Iran-Irak, Afghanistan und in der Ukraine.

Eine besondere Ausprägung der Aufrüstung ist die nukleare Abschreckung. Diese ist ein Gesinnungszu-

stand, der durch eine glaubwürdige Gegenreaktion einer nicht akzeptablen Drohung hervorgerufen wird. Um glaubwürdig zu sein, müssen Nuklearwaffen auch einsetzbar werden. Das bedeutete, dass sie nicht nur der Abschreckung dienten, sondern sie müssen auch Kriegsführungswaffen sein. Eine wirkliche nukleare Abrüstung wird es wohl nur geben, wenn das Konzept der gegenseitigen nuklearen Abschreckung, das im Kalten Krieg

für den massiven Aufrüstungsprozess verantwortlich war, prinzipiell infrage gestellt wird.

Polarisierung bedeutet Aufrüstung

Ein Versuch, das Sicherheitsdilemma zu unterbrechen, wurde mit der Schlussakte der „Konferenz über Sicherheit und Kooperation in Europa“ (KSZE) 1975 unternommen. Im Gegensatz zu den gegenwärtigen

Sicherheitsstrategien vermied dieses Dokument Ausdrücke wie Feind, Gegner, Konkurrent, Herausforderer, Rivale. Das Dokument war auf dem Höhepunkt der Blockkonfrontation entstanden, die Aufrüstung, gegenseitiges Misstrauen, Beschuldigungen expansionistischer Aktivitäten und ideologische Differenzen zur Folge hatte. Die Welt steht vor einer neuen Polarisierung und damit einem neuen Aufrüstungsprozess.

Ein FEST FÜR DIE ERDE und gegen die Gleichgültigkeit gegenüber dem Klimawandel

„Sieht denn keiner, wie spät es ist, dass unsere Welt ein Wunder ist“, heißt es in einem der drei Siegerlieder des Songwriting-Contests zum FEST FÜR DIE ERDE am Samstag, 4. Oktober 2025, am Festtag des hl Franziskus und der hl. Klara. Der Refrain des Siegerliedes der 3C-Klasse des Stiftsgymnasiums Kremsmünster erklang beim Festkonzert erstmals und immer wieder im vollbesetzten Mariendom: „Unser Liad is a Liad für die Erde, unser Liad is a Liad für die Welt.“ Der große Chor fragt schon in der ersten Strophe kritisch: „Mama, wird's die Welt, wie sie is, wenn i groß bin, a nu geben, werden meine Kinder die Welt a nu so erleben, gibt's überhaupt a Antwort auf meine Fragen oder will man Kindern einfach net die Wahrheit sogen?“

Neben dem Hauptpreis gingen weitere Preise aus den 30 Einsendungen an Helena Kroiss von der Bafep Linz mit dem Lied „Wieda sche“ und Lena Lessky aus Schärding mit „Nimma lang“.

Über 1000 Menschen sind der Einladung zum FEST FÜR DIE ERDE gefolgt, unter Ihnen Diözesanbischof Dr. Manfred Scheuer, Landesrat Stefan Kaineder und Vorsitzender Mag. Herbert Auer für den Hauptsponsor Sparkasse OÖ.

Das international bekannte Vocalensemble LALÁ begeisterte an dem Abend genauso wie das Posaunenoktett OÖ mit ihren Wandlungs-Intonationen. „Wir haben nur diese eine Erde“ – just one world – zauberte das Marimba Ensemble der Musikschulen in den Raum. Josseline Engeler erzählte vom Projekt „nunc“ in der westlichen Turmkapelle des Domes, „wo barfuß und schweigend der unmittelbare Kontakt zur Mutter Erde über den aufgeschütteten Lehm erlebbar war und sich die Teilnehmenden als Teil des Ökosystems hautnah begreifen konnten“. Das Ergebnis war noch bis 14. Oktober im Dom zu sehen.

Am Domplatz hörte man von der Kleinkunstbühne immer wieder von verschiedenen Akteur:innen sinngemäß: „Es braucht ein Stück Widerstand gegen die sich immer weiter ausbreitende Gleichgültigkeit dem Klimawandel gegenüber.“ Auf der Kleinkunstbühne beim „Platz für Möglichkeiten“ kam das wiederholt zum Ausdruck, beispielsweise bei den Poetry-Slammerinnen Lea Moser und Matilda Tauber, beim multireligiösen Beitrag des Runden Tisches der Religionen, bei den Musiker:innen oder in verschiedenen Interviews. „Gerade die Vielfalt der über 40 Organisationen hat die Besucher:innen am Domplatz begeistert“, hörte Manfred Hofmann von der Katholischen Aktion

OÖ und Projektleiter immer wieder, um weiter zu betonen: „Das FEST FÜR DIE ERDE war eine gelungene Ermutigung, nicht nachzulassen im Bemühen um ein mitweltgerechtes und klimaschonendes Leben“. Gehört hat man auch den Wunsch nach Einfachheit, nach dem Aufeinander-Hören, nach gegenseitigem Respekt und die Skepsis dem immerwährenden Wachstum gegenüber. In einem der Lieder wurde es so gesungen: „Immer mehr tuat nimmer guat.“

Veranstaltungsträger:innen des FESTes FÜR DIE ERDE waren: die Katholische Aktion OÖ, die Kath. Aktion Österreich, sowie der Fachbereich Gesellschaft und Soziales der Diözese Linz mit dem Welthaus Linz in enger Kooperation mit dem Landesmusikschulwerk OÖ.

Entstanden ist die Idee zu diesem Fest vor mehr als zwei Jahren bei ehrenamtlichen Frauen aus dem Arbeitskreis Familienfasttag der Kath. Frauenbewegung OÖ. Die Idee hat weite Kreise gezogen und Kooperationspartner:innen und Sponsor:innen gefunden

*Fotos, weitere Artikel und Hörproben, sowie diese Pressemeldung finden sie auf:
<https://www.dioezese-linz.at/festfuer-dieerde>*

Ethischer Welthandel als Neuansatz

Das Streben nach Sicherheit, Bedrohungswahrnehmungen, Prestige – das Wettrüsten gewinnt wieder an Fahrt, Verträge zur Rüstungskontrolle sind gekündigt. Doch was treibt diese Dynamik an, und wie sehr stehen auch wirtschaftliche Interessen im Fokus?

Donald Trump überraschte die Welt Anfang des Jahres mit Zöllen – neue Töne aus den USA, die bisher Freihandel als Doktrin verfochten. Handelt es sich um eine irrationale Kehrtwende?

Berücksichtigt man den Umstand, dass der letzte Überschuss der US-Leistungsbilanz 34 Jahre zurückliegt (1991), und das strukturelle Defizit an der Billionen-Grenze kratzt, ist eine Politik, die auf eine ausgeglichene Handelsbilanz zielt, nicht absurd. Jedes andere Land wäre längst in einer Schuldenkrise, wenn es über Jahrzehnte deutlich mehr aus dem Ausland einkauft als es exportiert. Die USA haben hier eine Sonderstellung, weil ihre Landeswährung gleichzeitig die Ressourcenwährung und die wichtigste Schuldenwährung ist, was zu kontinuierlicher Nachfrage nach dem Dollar führt. Dennoch liegen die Zinsen auf US-Staatsanleihen aktuell über vier Prozent, was mit dem rekordverdächtigen „Zwillingssdefizit“ im Staatshaushalt und in der Leistungsbilanz zusammenhängt.

Fakt ist auch, dass niemand den USA eine Lösung für ihr Problem anbietet: Die neoklassische Wirtschaftswissenschaft glaubt daran, dass Leistungsbilanzen von selbst ins Gleichgewicht zurückfinden, entweder durch natürliche Abwertung der Währung oder durch „interne Abwertung“ in Form sinkender Löhne. Allein die Realität weigert sich, dem schönen Gedanken zu folgen. Die Welthandelsorganisation WTO, zuständig für die Spielregeln der aktuellen Handelsordnung, hat Mitgliedern mit strukturellem Defizit nichts anzubieten; sie behauptet stur, der neoklassischen Wissenschaft folgend, dass alle Länder vom Freihandel

profitieren. Schließlich freut sich die EU als wichtiger Handelspartner der USA unverhohlen über ihren Handelsüberschuss, statt diesen als Gefahr für den Handelsfrieden zu erkennen. Aus diesen Gründen ist es – Trump hin oder her – wenig verwunderlich, dass die USA zur Selbsthilfe schreiten.

Zölle sind ein Instrument der Handelspolitik

Historisch ist der Einsatz von Zöllen auch nicht neu: Die USA tragen unter Wirtschaftshistorikern den Titel „Mutterland des Industrieprotektionismus“, weil die Zölle bis zum 2. Weltkrieg bei rund 40 Prozent lagen. Erst danach entdeckte das Land den Freihandel und missionierte andere damit. Deutschland stieg im 19. Jahrhundert mithilfe von 60prozentigen Zöllen zur Industrieland auf. Prinzipiell sind Zölle ein Steuerungsinstrument der Handelspolitik, so wie Zinsen das Steuerrad der Geldpolitik und Steuern das Schlüsselinstrument der Haushalts- und Verteilungspolitik sind. Eines dieser Kerninstrumente rundweg abzulehnen ist eine nicht zu Ende gedachte politische Modeerscheinung – oder Ideologie im Interesse der Gewinner der aktuellen Globalisierung.

Ethischer Welthandel als Lösungsansatz

Ein Lösungsansatz, der sowohl den USA ein Angebot macht als auch die brennenden Probleme von Klimaschutz bis Weltfrieden anpackt, ist „Ethischer Welthandel“. Diese Alternative zu Freihandel und Protektionismus würde zum einen auf ausgewogene Handelsbilanzen setzen, ein Konzept von John Maynard Keynes von 1943 aufgreifend: Der internationale Handel könnte in einer globalen Komplementärwährung zu den natio-

Christian Felber ist freier Publizist und Autor

nalen Währungen abgewickelt werden. Keynes sah dafür den Namen „Bancor“ vor, heute könnte man sie „Globo“ oder „Terra“ taufen. Jedes Land hätte ein Konto bei einer internationalen Clearing-Stelle, und Abweichungen von ausgeglichenen Konten würden erst sanft mit der Einladung zur Auf- oder Abwertung des Wechselkurses, bei hartnäckigen Abweichungen mit Pönen sanktioniert werden oder mit Negativkrediten von Überschuss- an Defizitländer, damit beide zurück ins Gleichgewicht kommen. Nach der Finanzkrise 2009 kam eine UN-Kommission um den Ökonom Joseph Stiglitz zum Schluss, bei Keynes' Vorschlag handle es sich „um eine Idee, deren Zeit gekommen ist“.

Friedens- und Klimazölle

Der zweite Baustein könnten Ethische Zölle sein, die Länder, die sich friedlich verhalten und zu Menschenrechten und Nachhaltigkeit verpflichten, indem sie bestehende UN-Abkommen ratifizieren und einhalten, vor Ländern schützen, die (noch) dazu nicht bereit sind. So entstünde freierer Handel zwischen friedlichen, humaneren und nachhaltigen Staaten, und Nachzügler hätten einen starken Anreiz, ins Boot zu kommen. Wer einen Angriffskrieg startet, die Menschenrechte verletzt oder beim Klimaschutz nicht mitzieht, könnte mit entsprechenden Zöllen belegt werden. Derselbe Mechanismus ist auch auf Unternehmensebene denkbar: Unternehmen mit guter Gemeinwohl-Bilanz handeln freier als Kostendrücker und Profitmaximierer.

Dritter Anlauf in der Geschichte

Es wäre nicht der erste Versuch, die Spielregeln für den Welthan-

del in der UNO festzulegen. Auf der Bretton Woods Konferenz 1944 sollte als Drillingsschwester von Weltbank und Währungsfonds die International Trade Organization (ITO) zur Welt kommen, was jedoch scheiterte. 1964 kam es dann zwar zur Gründung der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), die jedoch nicht zur Regelungsinstanz für den Welthandel wurde – stattdessen errichteten die Ex-Kolonial- und Industrieländer die WTO außerhalb des UN-Systems. Deren Ära neigt sich nun dem Ende zu.

Wenn sich nun die EU mit der G77, auf die die UNCTAD-Initiative zurückgeht, zusammen für eine Ethische Welthandelszone innerhalb der UNO engagiert, könnte der dritte Anlauf für eine nachhaltige, gerechte und friedensfördernde Handelsordnung glücken.

Christian Felber ist freier Publizist und Autor. Zusammen mit Brigitta Herrmann und Jürgen Knirsch veröffentlichte er soeben das CBS Working Paper „Ein neues Paradigma für die globale EU-Handelsstrategie: Ethischer Welthandel und Gemeinwohl-Ökonomie“. 2017 veröffentlichte er das Buch „Ethischer Welthandel. Alternativen zu TTIP, WTO & Co.“. Nähere Infos auf christian-felber.at

IN EIGENER SACHE:

Dieser Ausgabe der sozialen Information "Interesse" liegt ein Zahlschein für das Jahr 2025 bei. Wir bitten Sie, uns auch in diesem Jahr wieder zu unterstützen mit einem einmaligen **Druckkostenbeitrag von 10 Euro**.

IBAN: AT37 5400 0000 0001 6972

Verwendungszweck: 430831231 Druckkostenbeitrag – Interesse

Vielen Dank dafür!

Das Redaktionsteam

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - int
se - interesse - interesse
e - int

e - int **BÜCHER**

Folgendes Buch ist im Fachbereich
Gesellschaft und Soziales entlehnbar:

R. Overy: Warum Krieg? Rowohlt Verlag, Berlin 2024, 367 Seiten.

Der Zeithistoriker Overy führt uns durch Jahrtausende von Konflikten – von den Jägern und Sammlern bis zu den aktuellen Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten.

Warum führen Menschen Kriege? Die Ursachen sind so vielfältig wie die Formen dieser Kriege. Sind Kriege Teil unseres Erbes, unserer Natur? Verfügen wir über einen angeborenen Aggressionstrieb? Gibt es Gesellschaften ohne Krieg? Wie weit können Umweltkatastrophen Kriege auslösen? Ist es der Kampf um Ressourcen, die man braucht, aber nicht hat? Wie weit sind ein höherer Auftrag (Glaube, Religionen) kriegsauslösend?

Oft sind es das Streben nach Macht oder ein Überlegenheitsgefühl, das zu Kriegen führt oder ein staatliches Sicherheitsdenken, das unter Umständen einen Präventionskrieg auslösen kann. All diese Probleme werden anhand von Beispielen diskutiert, die den ganzen Fragenkomplex anschaulich illustrieren. Jedenfalls ein Buch, das zum Nachdenken anregt.

Über die Arbeit der Dichtermäuse

In dieser Kolumne gebe ich vor, eine ambitionsarme Arbeitserin im Weingarten des Herrn zu sein. Im Brotberuf werde ich dafür bezahlt („bezahlt“ ist oft relativ, immer noch glauben Geldgeber, dass Applaus ja unser Brot sei), die Welt zu betrachten und Befindlichkeiten zu beschreiben. Im Idealfall entstehen dadurch Texte über die Absurdität, wie traurig und wie lustig das Leben ist, oft im selben Moment.

Zuletzt ist mir das melancholisch-fröhliche Schreiben schwer geworden. Wen soll interessieren, dass ich ein vollgestopftes, aber menschenleeres Elternhaus entrümpeln soll? Dass der Sommer in den Bergen schon wieder zu kurz war, weil es nichts Schöneres gibt, als mit dem Hund einen Almschlaf zu halten? Dass man in der Mitte des Lebens ein wenig fassungslos ist, weil man schon halb durch ist mit der Existenz, wo man doch gestern erst die Matura geschafft hat?

So schnell wird alles zum Luxusproblem. Es ist schwer, angesichts von Klimakatastrophe, Rechtsruck und Kriegen weiter zu schreiben wie bisher. Wie schön wäre es, einen richtig erfolgreichen Roman gegen Trump zu schreiben, gegen die Normalisierung rechtsextremer Ideen, gegen die Zerstörung der letzten Wildnisgebiete, gegen die Aufrüstung!

Andererseits ist das natürlich viel verlangt. Und haben wir uns nicht manchmal auch eine kleine Pause verdient? Das hier lesen ja keine Volkskanzler und Rüstungskonzernchefs, sondern Leute wie Sie, die wahrscheinlich ohnehin die ganze Zeit mit Sorge und Fürsorge beschäftigt sind. Wenn Sie wollen, dann stellen Sie sich ein warmes Hundefell in der Herbstsonne vor, auf einer verlassenen Bergwiese. Wir müssen wohl die Farben und die Wärme sammeln, sehr geehrte Mäusegesichter, denn es kommt der Winter.

Ihre Weinbergschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - in-
se - interesse - inter-
e - in-

TERMINE

Zeller Schlossgespräche – DAS•UN•DENKBARE•TUN

Do., 26. Feb. 2026, 19:30 Uhr

Referent: Philip Oberlohr

Wie wir eine Kultur des bewussten Versuchens etablieren – eine, die Fehler als Entwicklungsschritte begreift und kreative Lösungen fördert. Mit Beispielen aus seiner Arbeit als Illusionist macht er erlebbar, wie das persönliche Feuer zu Wachstum führt und neue Perspektiven alles verändern können. Das Ergebnis: mehr Mut, mehr Freude am Ausprobieren und das Entdecken von un•denkbaren Orten.

Mut zum Wandel: Hoffnung leben, Zukunft gestalten

Keynote und Podiumsdiskussion

Do., 12. März 2026; 19:30 Uhr

Am Podium:

Hans Holzinger, Zukunftsforscher
Melanie Wurzer, Theologin und Leiterin des Kath. Bildungswerks OÖ
Walter Ablinger, Paralympic-Sieger,
VB Heeresleistungssportzentrum Linz

Moderation:

Eva Bauernfeind-Schimek

In einer Welt, die sich ständig verändert, braucht es mehr als nur Anpassung – es braucht Zuversicht.

Wie können wir Herausforderungen aktiv begegnen? Wie finden wir Sinn und Mut, trotz Widerstände neue Wege zu gehen? Wir laden Sie ein zu einer inspirierenden Veranstaltung über Mut, Werte und Gestaltungskraft.

Informationen und Karten:

☎ 0732 / 7720 – 51200

Mail: schloss-zell.post@ooe.gv.at

sowie in Pfarrämtern Andorf und

Schärding erhältlich.

„Re:source Glaube – Kraft zur Solidarität, Mut zur Gestaltung in Zeiten der Transformation“

Globale Herausforderungen wie Klimakrise, soziale Ungleichheit, Flucht oder Krieg beschäftigen viele von uns. Gemeinsam gehen wir in diesen chaotisch erscheinenden Zeiten unseren christlichen Wurzeln auf den Grund und stellen uns Fragen wie:

- » Welche Hoffnungsperspektiven und Kraftquellen bietet unser christlicher Glaube?
- » Was kann Glaube/Spiritualität dazu beitragen, dass ich angesichts globaler Herausforderungen handlungsfähig bleiben kann?
- » Wozu fordert uns der christliche Glaube heraus? Als Privatpersonen und in der Pastoral?

„Re:source Glaube“ ist ein monatliches, einstündiges Online-Format.

Es soll Raum für Verbundenheit und Miteinander bieten. Es richtet sich an haupt- und ehrenamtlich Engagierte in der Diözese Linz und alle Interessierten, die sich mit den gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit auseinandersetzen.

Wir schaffen einen Online-Ort der Begegnung und des Austauschs. Gemeinsam wollen wir Fragen stellen, Antworten suchen und miteinander ins Gespräch kommen. Unser Ziel ist es, Impulse zu setzen und in unserem Umfeld aktiv weiterzuwirken. Komm mit auf die Reise!

Termine:

jeweils donnerstags von 16:30 bis 17:30 Uhr

04. Dez. 2025, 08. Jän. 2026,

05. Feb. 2026, 05. März 2026,

09. April 2026, 07. Mai 2026.

Informationen und Rückfragen:

Fachbereich Gesellschaft & Soziales, Kapuzinerstr. 84, 4020 Linz

☎ 0732 / 7610 – 3252

Mail: gesellschaft_soziales@dioezese-linz.at

<http://www.dioezese-linz.at/soziales>

Impressum: Inhaberin Diözese Linz (Alleinhaberin)
Herausgeberin und Verlegerin: Mag. Lucia Göbesberger, Fachbereich Gesellschaft und Soziales,
Diözese Linz, Bereich 3 Soziales & Caritas, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, ☎ (0732) 76 10 – 32 51
E-Mail: gesellschaft_soziales@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: Druckerei Häider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederndorf 15
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz
Österreichische Post AG - MZ02Z031665M – Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz
Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Katholische Kirche
in Oberösterreich

